

Nordstream 2 revisited

Warum Klimapolitik ohne Frieden nicht gelingen kann

Klimaschutz und US-Geopolitik united?

Bei der [Pressekonferenz](#) anlässlich seines USA-Besuchs im Februar 2022 stand ein klein wirkender Scholz neben einem selbstsicheren Biden, der verkündete, dass es bald keinen Nordstream 2 mehr geben würde, denn die USA würden dem Projekt ein Ende setzen. Der deutsche Kanzler überließ es einer Journalistin zu fragen, wie das denn konkret gehen sollte, schließlich stünde die Pipeline unter deutscher Kontrolle. Daraufhin Biden:

„I promise you we'll be able to do it, and I want to be clear with you today: If Russia invades Ukraine, one way or another Nordstream 2 will not move forward ultimately.“

Dass daraufhin kein Aufschrei durch die deutsche Politik und Presselandschaft ging, hat sicher u.a. damit zu tun, dass das Projekt hierzulande sehr umstritten war, wobei nicht geopolitische Erwägungen im Mittelpunkt standen. Nicht die Angst vor einem Stopp der Gaslieferungen aus einem politisch unzuverlässigen Russland, sondern die Angst vor einer Gasschwemme war der Grund dafür, dass Klimaschützer und die Partei Bündnis90/Die Grünen Nordstream 2 vielfach als eine Pipeline ansahen, die gar nicht erst hätte gebaut werden dürfen.

Im Rahmen des Konzepts der deutschen Energiewende soll Erdgas eine Funktion als Übergangsenergieträger beim Umbau unserer Energieversorgung übernehmen. Von einem System, das auf einer stabilen, konstant verfügbaren Grundlast aus großen, mit fossilen Brennstoffen bzw. Atomkraft betriebenen Kraftwerken beruhte, ist geplant, zu einem flexiblen System zu kommen, in dem die volatilen erneuerbaren Energien den Ton angeben, und die entstehenden Lücken mit Gaskraftwerken gefüllt werden, die bei Bedarf schnell hoch- und ebenso schnell wieder herunterzufahren sind. Der Erdgasbedarf sollte nach diesem Konzept mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, der Speichermöglichkeiten und der Entwicklung der Wasserstofftechnik immer mehr gesenkt werden.

Es soll hier nicht darum gehen, ob das Konzept grundsätzlich aufgeht. Fest steht, dass Deutschland in vielen Bereichen regelmäßig seine Klimaziele verfehlte und die darüber verzweifelten Klimaschützer die Gaslobby als eine der Schuldigen dafür ausmachten. Schon der 2011 eröffnete Nordstream 1 habe mehr Gas geliefert als Deutschland brauchte. Mit Nordstream 2 würde die Energieversorgung Deutschlands endgültig auf einen Pfad gelenkt, der die Anreize für den Ersatz des günstigen Brennstoffs durch klimafreundliche Lösungen und Energieträger stark verringern

würde, befürchteten sie. Was lag also näher als sich - zumindest heimlich - darüber zu freuen, dass eine höhere Macht dem nun ein Ende machen würde?

US-Außenminister Antony Blinken betrachtete die Sprengung der Ostsee-Pipelines betrachtete als „großartige Chance“, die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu beenden. Chance für wen?

Be careful what you wish for

Stimmen die Ziele der Klimaschützer und die der US-Regierung tatsächlich überein?

Ja, mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien geht es nun in Deutschland voran. Unter dem Druck der Verhältnisse konnten viele bürokratische Hindernisse beseitigt werden. Mit dem „[Osterpaket](#)“ wurde am 6. April 2022 [nach Darstellung der Regierung](#) „die größte energiepolitische Gesetzesnovelle seit Jahrzehnten“ verabschiedet“. Erstmals sei das „neue EEG 2023 konsequent auf das Erreichen des 1,5-Grad-Pfades nach dem Pariser Klimaschutzabkommen ausgerichtet!“ Angesichts erhöhter Energiekosten entschließen sich mehr Unternehmen und Privatpersonen zu Energiesparmaßnahmen als vorher. Der Ausbau der erneuerbaren Energien boomt und wird mittelfristig zu Fortschritten beim Erreichen der Klimaziele führen.

Insgesamt wurde der Klimaschutz jedoch erst einmal stark zurückgeworfen, nicht nur durch die immensen CO₂-Emissionen nach der Sprengung. Nachdem der Kohle- und Atomausstieg in langwierigen Verhandlungen auf den Weg gebracht worden war, verlängerten nun, sehr zur Freude ihrer Kritiker, ausgerechnet grüne Politiker (und Politikerinnen) die Laufzeiten von Atom- und Kohlekraftwerken und befördern den Ausbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland, obwohl [LNG-Gas viel klima- und umweltschädlicher](#) als Erdgas ist. Durch die Einstufung von Erdgas und Atomkraft als nachhaltig gibt das EU-Parlament zu all dem [seinen Segen](#). Die 7,8 Mrd. Euro, die allein der Bau von Nordstream 2 kostete, sind verloren. Stattdessen wird nun, nach [Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums](#) eine Summe von 10 Mrd. Euro in den Ausbau von LNG-Terminals investiert. Das sieht genauso wenig nach kurzfristigen Übergangslösungen aus wie der Bau von Nordstream 2 in den Augen der Umweltbewegung. Auch diesmal werden heute realwirtschaftliche, finanzielle und politische Weichen gestellt, die künftig den Wechsel zu erneuerbaren Energien erschweren. Wieder werden fossile Lobbys bedient. Nur: Diesmal [profitieren amerikanische und norwegische Unternehmen](#).

Die in der Folge zu befürchtende Schließung deutscher Unternehmen und deren Verlegung in die USA oder China mag die CO₂ Bilanz Deutschlands verringern, die weltweite Bilanz wird sich nicht

ändern. Ist es angemessen, dafür die zu erwartende extreme Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland in Kauf zu nehmen?

Nicht nur diesbezüglich führte die Schocktherapie der Nordstream-2-Sprengung nicht zum gewünschten Ziel, sondern zwang die Regierungen der betroffenen Länder zum Improvisieren. Nach [Schätzungen der Internationalen Energie Agentur \(IEA\)](#) verdoppelten sich die weltweiten Subventionen für fossile Energien im Jahre 2022 sprunghaft auf über 1 Billion US-Dollar. Darüber hinaus seien allein in Europa ca. 350 Mrd. US-Dollar für Verbrauchersubventionen ausgegeben wurden. So seien zwar die Konsumenten vor zu hohen Energiepreisen geschützt worden, jedoch wurde gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der fossilen Energien künstlich auf Kosten der erneuerbaren Energien gestützt.

Das Fazit der Agentur: 1. Hohe Preise für fossile Energieträger sind kein Ersatz für energiepolitische Maßnahmen. 2. Hohe Preise für fossile Brennstoffe treffen die Armen am härtesten, aber Subventionen sind selten zielgerichtet auf den Schutz gefährdeter Einkommensgruppen zugeschnitten und kommen eher den wohlhabenderen Bevölkerungsschichten zugute. 3. Es ist besser, Geld für strukturelle Veränderungen auszugeben als für Nothilfen.

Reclaiming the State

So zeigt sich: Das Problem ist nicht diese oder jene Lobby, sondern liegt viel tiefer: Nachdem über 200 Jahre lang die fossilen Energien das Rückgrat des kapitalistischen Systems gewesen sind, 80% des weltweiten BSP sind davon abhängig, muss eine ganz neue [technisch-industrielle „Kultur“](#) der Energieversorgung geschaffen werden. Und das geht nur mithilfe langfristiger Planung. Unsere nationalen und internationalen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen müssen sich grundlegend ändern und unsere Konsumgewohnheiten auch (ohne Verzicht geht es nicht).

Eine [Oxfam-Studie von 2015](#) zeigte: Die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung ist verantwortlich für nur etwa 10% der globalen Emissionen, lebt aber mehrheitlich in den Ländern, die am anfälligsten für die Folgen des Klimawandels sind, während die reichsten 10% der Erdbewohner die Verantwortung für rund 50% der globalen Emissionen tragen. Das dürfte nicht nur den Menschen in den Ländern des globalen Südens zu denken geben. Auch die nicht zu den reichsten oberen 10 % gehörenden Menschen in den Industriestaaten müssen Aufforderungen zum Gürtel-Enger-Schnallen für mehr als zynisch halten: Flugreisen, teure E-Autos und grüne Investitionsmöglichkeiten für die einen, ungeheizte Freibäder, verspätete Züge und Geldsorgen für die anderen. So sind es nicht nur die fossilen Lobbys, die die Energiewende kritisch betrachten. Auch Teile des Mittelstandes und

viele „kleine Leute“ erleben die Warnungen vor dem anstehenden Klimadesaster und die Predigten vom Ende des Wohlstandes und der Notwendigkeit, Opfer zu bringen, als absolut verlogen und als Vorwand und Mittel der Eliten, sich auf ihre Kosten weiter zu bereichern. Das durch den Ukraine-Krieg bewirkte solidarische Zusammenrücken, die Verzichtbereitschaft der Bevölkerung und deren Besinnung auf nicht-materielle Werte enden spätestens, wenn wegen der als Folge des Krieges beschlossenen Erhöhung der Rüstungsausgaben weniger Mittel zur Kompensation sozialer Härten zur Verfügung stehen werden.

Wenn es also nicht zu großen Konflikten kommen soll, sind auf dem umstrittenen Gebiet der Energiewende Konsensbildung, Transparenz der Entscheidungsprozesse, gerechter Interessenausgleich und Gemeinschaftssinn besonders wichtig. Das lässt sich zunächst in einem [nationalen Rahmen](#) weitaus einfacher bewerkstelligen als auf EU-Ebene oder gar global. Es braucht dazu jedoch [einen gestaltenden Staat](#), der das Primat der Politik über die Wirtschaft durchzusetzen in der Lage ist. Und doch hat sich unser Staat durch die Privatisierung der Energiekonzerne selbst seine wichtigste Gestaltungsmacht entzogen. Und dort, wo der deutsche Staat, z.B. über die Bundesnetzagentur, auf den Energiemarkt Einfluss zu nehmen suchte, [verbietet es der EuGH](#). Denn gemäß marktradikaler Grundsätze sind ein demokratisch gewähltes Parlament und eine ebensolche Regierung genauso als den Markt in unzulässiger Weise beeinflussende Lobbyisten anzusehen wie Unternehmen oder Interessenverbände. Und für die Arbeit der Agentur seien europäische Gesetze bestimmend, die nicht durch nationale Gesetze verändert werden dürften.

Wie das EuGH möchte unsere politische Klasse, die Grünen sind da keine Ausnahme, ein solches langfristiges Transformationsprojekt weitgehend dem Markt überlassen. Und hierin liegt ein weiteres Grundsatzproblem der Energiewende: Gemäß einem EuGH-Urteil ist es Ziel der entsprechenden europäischen Richtlinie, „einen offenen und durch Wettbewerb geprägten Elektrizitätsbinnenmarkt zu errichten,“ „der für den grenzüberschreitenden Zugang sowohl für neue Stromversorger aus unterschiedlichen Energiequellen als auch für Stromversorger, die innovative Erzeugungstechnologien anwenden, offen ist“, „der den Verbrauchern die freie Wahl ihrer Lieferanten und den Anbietern die freie Belieferung ihrer Kunden gestattet, auf diesem Markt gleiche Bedingungen zu schaffen, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und den Klimawandel zu bekämpfen.“

Dieses Konzept des freien Markts geht von sich selbst optimierenden Individuen aus, die stets ihren Nutzen maximieren möchten. Damit können jedoch – entgegen der Auffassung des Gerichts - die Klimaziele nicht erreicht werden, denn dafür sind in vielen Fällen kollektive Lösungen erforderlich. Kollektive Lösungen bedeuten aber immer, dass im Sinne langfristiger Weichenstellungen

Individualinteressen zurückstehen müssen. Das wird besonders im Konflikt zwischen Förderung des Individualverkehrs und öffentlichen Verkehrsmitteln deutlich, gilt aber z.B. auch für den Wärmebereich, wo aus vielen Gründen Fernwärmesysteme sinnvoll sind, die es dann aber dem einzelnen Hausbesitzer nicht mehr erlauben dürften, seine eigene Heizungsart zu wählen.

Fazit: Nicht die Lobbys sondern die fehlende staatliche Gestaltungsmacht bzw. der fehlende Gestaltungswille des Staates sind dafür verantwortlich, dass die Klimaziele nicht erreicht werden. Und sollte sich das in Deutschland auch nur minimal ändern, sorgt die neoliberale Verfasstheit der EU für die fällige Kurskorrektur.

Und spätestens mit der Sprengung von Nordstream 2 dürfte nun jedem deutschen Staatsbürger und Politiker (und ihren weiblichen Pendants) klar sein, dass man Deutschland allenfalls als autonomes, nicht aber als souveränes Land bezeichnen kann. Das hierzulande entwickelte Geschäftsmodell, das auf die friedliche Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen mit Russland im beiderseitigen Interesse setzte, wurde zur unverhohlenen Freude unserer wichtigsten Bündnispartner zerstört. Die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland ließ z.B. wissen, dass die US-Administration sehr erfreut sei über die Gewissheit, dass Nordstream 2 nun ein „Metallklumpen auf dem Meeresgrund“ sei. Wenn also, entgegen [Seymour Hershs Bericht](#), die Verbündeten nicht dafür verantwortlich waren, hätte man nicht Schadenfreude über die Zerstörung dieses so wichtigen deutschen Infrastrukturprojekts, sondern die Unterstützung der vollständigen Aufklärung des Terrorakts erwarten können. Das gilt auch für deutsche und europäische Politiker*innen, besonders für diejenigen, die nun eigentlich feststellen müssten, dass mit all dem keinesfalls dem Klimaschutz gedient wurde. Die Sprengung förderte die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der USA, die, wie Blinken sagte, verhindern wollten, dass Putin Energie als Waffe einsetze.¹

„Feind“ oder „Freund“ - wie können wir [von nun an sicher sein](#), dass uns in der Zukunft nicht mit anderen Projekten Ähnliches passiert? Gehören wir nun zu den Schwachen, die „ertragen müssen, was ihnen auferlegt wird“, wie Thukydides sich ausdrückte?

Imagine

Erweitern wir das Blickfeld: Selbst wenn Deutschland oder andere Staaten erfolgreich dekarbonisieren würden, wäre nicht viel gewonnen. Die Erderhitzung ist ein weltweites Problem.

¹ ... etwas was die USA selbst schon lange über Wirtschaftssanktionen gegen eine Vielzahl von Ländern praktizieren. Russland stoppte die Gaslieferungen über Nordstream 1 erst als Reaktion auf die westlichen Sanktionen, nicht ohne das gleichzeitige Angebot, Gas über den betriebsbereiten Nordstream 2 zu liefern.

Dass die Menschheit, so wie wir sie heute kennen, auf ihren Untergang zusteuert, ist kein leeres Gerede und auch kein religiöser Wahn, sondern Stand der Wissenschaft (IPCC-Bericht). Das bestreitet keine Regierung, nicht die amerikanische, nicht die russische und schon gar nicht die chinesische. Heute sind zwar die Auswirkungen der bisherigen Erwärmung schon eindeutig nachweisbar, aber es gibt nicht im entferntesten wirklich katastrophale Folgen. Nahrungsmittel werden weltweit im Überfluss produziert. Wenn jemand hungert, dann wegen Geld-, nicht wegen Nahrungsmangel. Die Reduktion des Fleischkonsums ergäbe noch viel größere Spielräume. Fast nirgendwo schrumpft die Bevölkerung wegen Nahrungsmangel oder anderen Umweltproblemen. Heute haben wir ein Verteilungsproblem. Wenn nicht wirklich radikal weltweit umgesteuert wird, wird das jedoch in einer drei, vier, fünf Grad wärmeren Welt, die nur noch wenige Jahrzehnte entfernt ist, ganz anders sein.

Die Sache mit Nordstream 2 ist das beste Beispiel dafür, dass die nötigen langfristigen strategischen Veränderungen im Energiesystem nur in einem stabilen und friedlichen Umfeld, in dem die größten Länder, die Verbraucher und die Produzenten fossiler Brennstoffe in einem bisher ungekannten Ausmaß miteinander kooperieren, möglich sind. Für das Klima ist nur der weltweite massive Abbau des CO₂-Eintrags relevant. Es ist notwendig, dass fossile Energiequellen nicht weiter erschlossen werden. Wie will man die Förderländer dazu bringen, auf die Ausbeutung ihrer fossilen Reichtümer zu verzichten? Etwa durch Sanktionen? Oder indem man sie zurück in die Steinzeit bombardiert? Wie will man Länder des globalen Südens mit preiswerter Energie versorgen, auf die sie heute für Transport, Strom und Landwirtschaft elementar angewiesen sind? Dazu sind Verträge, Abmachungen, Preiskontrollen, Subventionen, gemeinsame Investitionsentscheidungen u.ä. nötig, wie es sie so noch nie gegeben hat. Dabei müssen, wie in der Innenpolitik, die Interessen aller angemessen berücksichtigt werden.

„Um effizient und effektiv zu sein, müssen erneuerbare Energien Grenzen überschreiten und regional, ja sogar global verbunden sein, z.B. in der neuen Wasserstoffwirtschaft“, sagt der US-amerikanische Ökonom [Jeffrey Sachs](#), Sonderberater der *Millennium Development Goals* und Direktor des *UN Sustainable Development Solutions Network*. Wenn man aufgrund von Krieg und Konflikten aber nur eine kurzfristige Perspektive habe, könne man lediglich improvisieren. Damit wäre keine der nötigen Veränderungen erreichbar. Es erfordere Jahrzehnte harter und kontinuierlicher Arbeit, um Kinder auszubilden, Infrastruktur zu schaffen, über Flussbetten hinweg zusammenzuarbeiten und um grenzüberschreitende Stromnetze zu bauen. Das sei eine langfristige kooperative Anstrengung, die vom Frieden abhängt.

Wenn der nicht gelingt, werden alle munter weitermachen wie bisher, auch wenn sie wissen, dass sich das in der Zukunft rächen wird. Die anhaltende Dürre in Afrika, die schweren Fluten in Pakistan und China sind deutliche Warnzeichen.

Der Ukraine-Krieg ist für viele auf den Import von Energieträgern und Lebensmitteln angewiesene Länder des Südens ein Desaster. Sie müssen wegen der hohen Preise nicht nur Not sondern akute (Hunger-)Katastrophen befürchten. Während der globale Norden beim Versuch, die russischen Lieferungen zu ersetzen, die Märkte leer fegt, bekommen sie nichts oder müssen sich zumindest zusätzlich enorm verschulden. In dieser Situation ist Klimaschutz ihr geringstes Problem, besonders wenn Finanzspritzen für sie an Auflagen geknüpft bzw. Hilfsversprechen grundsätzlich nicht eingehalten werden, während die Industriestaaten weiterhin Klimaziele verfehlen und das Desinteresse an ihren Problemen offen zur Schau stellen, wie z.B. beim [Treffen](#) zur Diskussion der Folgen des Klimawandels auf dem afrikanischen Kontinent in Vorbereitung auf den Klimagipfel im November 2022.

Für die armen Länder ändern sich die Zeiten jedoch gerade, nicht nur durch die Präsenz Chinas. Denn die Isolierung „Putins“ ist nicht gelungen. Im Gegenteil: Russland ist diplomatisch überaus aktiv und dabei durchaus erfolgreich, wie z.B. Außenminister [Lawrows Afrikareisen](#) zeigen. Während der Westen den "Rest der Welt" drängt, sich die Netto-Null-Ziele zu eigen zu machen, bietet Putin die Befreiung von der radikalen Klimawandel-Ideologie des Westens an. Die Botschaft Russlands an seine Partner lautet: Wir verstehen sehr gut, dass eure Bevölkerungen Strom, sauberes Wasser und Industrialisierung wollen. Ihr könnt Erdöl und Erdgas haben, und zwar zu einem Preisnachlass auf das, was Europa zahlen muss (was eure Exporte wettbewerbsfähiger macht) und ohne die Vorbedingung, sich an die „ESG-Normen“ (Umwelt, Soziales und Governance) halten zu müssen.

Torpediert also „Putin“ den Klimaschutz? Wer ist der Schuldige? Der Aggressor Putin und sein „Machtzirkel“ die ihre, vornehmlich auf dem Verkauf fossiler Rohstoffe beruhende, autokratische Machtstellung durch die weltweite Nachhaltigkeitswende bedroht sehen und, unfähig zu Strukturreformen, auf Militarismus und Chauvinismus setzen, wie z.B. Klaus Dörre² schreibt? Die USA mit ihrem Anspruch auf *full spectrum dominance*, für deren Regierungen gleich welcher Couleur Diplomatie ein Fremdwort und Machtpolitik das einzige Mittel der Wahl seien, wie Jeffrey Sachs meint?

2 Klaus Dörre, „Das Zeitfenster schließt sich“. In: Zeitschrift ‚Sozialismus‘ (Heft 4-22)

Für Klimaschützer geht es nicht um Schuldzuweisungen. Es geht darum, sich nicht nur weiterhin lokal und global für wirksame Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen, sondern alles in unserer Macht stehende zu tun, um Diplomatie als Mittel zur Konfliktlösung und die gleichberechtigte Kooperation zwischen souveränen Staaten in den Mittelpunkt der Politik zu rücken und so der notwendigen sozial-ökologischen Transformation überhaupt eine realistische Chance zu verschaffen.